



Interviews

Wie kann man den Hochwasserschutz in Deutschland verbessern?

Bundesumweltministerin Steffi Lemke, Grüne, im Interview mit Philipp May

"Informationen am Morgen", 4.6.2024, 7:15 Uhr

Philipp May: Am Telefon ist jetzt Steffi Lemke, Bundesumweltministerin von Bündnis 90/Die Grünen. Guten Morgen, Frau Lemke.

Steffi Lemke: Schönen guten Morgen, Herr May.

May: Ist das eine Katastrophe mit Ansage, die wir hier erleben?

Lemke: Insoweit ja, als dass wir wissen, dass sich Hochwasser-Ereignisse, Starkregen-Ereignisse, auf der anderen Seite aber auch Dürre- und Hitze-Ereignisse in den nächsten Jahren verstärken werden. Wir wissen das, diese Informationen haben wir aus der Wissenschaft. Von daher müssen wir uns besser an die Folgen der Klimakrise anpassen, uns darauf einrichten. Im Moment steht die akute Katastrophenhilfe, die Hilfe für die Betroffenen, für die Opfer vor Ort absolut im Vordergrund. Das ist für die nächsten Tage mit Sicherheit noch entscheidend. Aber dann werden wir erneut über verbesserte Klimaanpassung, verbesserten Hochwasserschutz miteinander reden müssen.

May: Auch über mehr Polder? Oder sind das tatsächlich die Faxgeräte des Hochwasserschutzes?

Lemke: Wir brauchen für bessere Vorsorge erstens starke Deiche, zweitens einen schlagkräftigen Katastrophenschutz. Das ist in der akuten Krise absolut essenziell. Und wir brauchen dann drittens mehr intakte Natur, mehr natürliche Überschwemmungsflächen. Da beziehe ich Polder aber dort, wo sie groß genug, auch tatsächlich mit ein.

May: Jetzt sagen Sie das. Der Deutsche Städtetag fordert auch mehr Investitionen in den Hochwasserschutz. Sie fordern ein neues Hochwasserschutzgesetz. Warum braucht es für solche Forderungen immer erst die Katastrophenlage?

Lemke: Wir haben über Jahrhunderte an den Flussläufen gesiedelt, Städte gebaut, Wirtschaftseinrichtungen errichtet. Das ist ein sehr, sehr langer Prozess, der ja auch Wohlstand geschaffen hat über viele Jahrzehnte, Jahrhunderte. Das jetzt ein Stück weit umzukehren und den Flüssen, dem Wasser mehr Raum zu geben, das ist mit Zielkonflikten verbunden. Das sind vor Ort schwierige Diskussionen. Aber wir haben ja mit der Debatte über ein neues Hochwasserschutzgesetz schon vor Monaten begonnen mit den Ländern. Das heißt, den Hochwasserschutz gesetzlich zu stärken, die Vorsorge rechtlich zu verankern. Und wir sind mit dem nationalen Hochwasserschutzprogramm in die Maßnahmen eingestiegen. Wir haben erste Deichrückverlegungen an der Elbe als ein konkretes Beispiel, die dort tatsächlich den Hochwasserscheitel um bis zu einem halben Meter absenken. 50 Zentimeter – wer einen solchen Hochwasserscheitel jemals erlebt hat weiß, das kann entscheiden über Weh und Ach. Das heißt, die Frage, ob man betroffen ist, ob es massive Schäden gibt, ob möglicherweise Menschenleben gefährdet sind, das kann an solchen 50 Zentimetern hängen.

May: Jetzt haben Sie letztes Jahr bereits ein Klima-Anpassungsgesetz beschlossen. Das ist im Prinzip ganz ähnlich. Klingt erst mal so, als hätten Sie den Nagel auf dem Kopf getroffen. Da schreiben Sie den Kommunen vor, was sie zu tun haben, beispielsweise wenn sie eine neue Straße bauen, dass woanders Flächen entsiegelt werden müssen. Das kostet Geld, aber die Finanzierung ist überhaupt nicht geklärt. Der Ärger ist jetzt dort groß und dass das so nichts werden kann, ist eigentlich auch klar.

Lemke: Ich habe immer gesagt, dass wir die grundsätzliche Finanzierungsfrage für Klima-Anpassung noch nicht geklärt haben. Das betrifft letzten Endes auch den Klimaschutz an ganz vielen Stellen. Wir dürfen ja nicht nur über Klima-Anpassung reden, sondern wir müssen auch die Klimakrise abmildern. Wir brauchen für beides Milliarden-Investitionen in den nächsten Jahren. Diese Frage ist zu klären.

Ich würde aber gerne noch mal beim Hochwasserschutz sagen, dass wir in das nationale Hochwasserschutzprogramm insgesamt, Länder und Bund, sechs Milliarden Euro geben und damit angefangen haben, Rückhalteflächen von 33.000 Hektar zu schaffen. Diese Summe ist ein bisschen schwer vorstellbar, aber es passiert dort etwas. Und ja, Sie haben recht, dafür waren leider die Hochwasserkatastrophen der letzten Jahre notwendig. Aber den Einstieg in diese Maßnahmen jetzt wenigstens geschaffen zu haben, Rückhaltebecken in der Größe eines halben Chiemsees zu schaffen, das ist der richtige Weg. Das müssen wir schneller und besser machen und dafür das Geld zur Verfügung stellen. Wir werden in dieser Woche die Umweltministerkonferenz haben und ich gehe davon aus, dass die sich erneut für eine Gemeinschaftsaufgabe Klima-Anpassung aussprechen wird. Das muss in den nächsten Monaten definitiv geklärt werden.

May: Woher soll das Geld denn kommen?

Lemke: Wir werden die Finanzen zur Verfügung stellen müssen. Wir werden dafür Lösungen finden müssen. Ich möchte jetzt nicht im Interview über das technische Instrument spekulieren, aber wir wissen alle miteinander, wenn wir diese Maßnahmen nicht ergreifen, wird es noch teurer. Das haben wir vorher ja auch gehört. Das heißt, die Krise aufzukehren, ist teurer, als der Krise vorzubeugen. Deshalb plädiere ich dafür, dass wir für Klimaanpassung und Klimaschutz mehr Geld zur Verfügung stellen.

May: Das geht ja nur mit Lockerung der Schuldenbremse.

Lemke: Ich sagte, dass ich über das technische Instrument – wir befinden uns gegenwärtig in den Haushaltsberatungen auf Bundesebene – nicht spekulieren möchte. Wir haben in meinem Ressort das Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz eingerichtet. Dafür stehen dreieinhalb Milliarden Euro zur Verfügung in den nächsten Jahren. Damit machen wir zum Beispiel Auen-Renaturierung, können Deichrückverlegungen machen, um diese Fluss-Ökosysteme zu stärken, damit sie uns Menschen schützen können. Dieses Geld werden wir auf jeden Fall gut einsetzen, um die Menschen entlang der Flussläufe besser zu schützen.

May: Ist das eine Notlage, vergleichbar mit der Ahrtal-Flut?

Lemke: Das wissen wir noch nicht. Wir können die Schäden gegenwärtig noch nicht beziffern. Das werden die nächsten Wochen zeigen, zumal wir ja auch weiterhin Regenprognosen haben, gerade für den Südosten, und noch nicht wissen, was in den nächsten Tagen, Stunden, zwei Wochen passiert. Das müssen wir abwarten, um dann festzustellen, ob es eine Notlage ist.

May: Sollte eine Elementarschaden-Versicherung verpflichtend eingeführt werden? Ihr Parteifreund Winfried Kretschmann, der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, fordert das ja vehement.

Lemke: Ich bedauere, dass es hier seit vielen Monaten eine Dissonanz zwischen Bund und Ländern gibt, wie man das macht, ob die Länder so etwas einführen, ob der Bund es verpflichtend für alle macht. Auch das muss geklärt werden. Die nächste Ministerpräsidentenkonferenz wird dieses Thema intensiv beraten. Klar ist, dass wir besseren Versicherungsschutz brauchen, insbesondere für die Siedlungsbereiche, die in ehemaligen Flussauen angelegt worden sind, die dort jetzt vorhanden sind. Vor allem dürfen wir nicht neu bauen in Flussauen, die Überschwemmungsflächen sind, weil dann ist vorgezeichnet, dass dort große Schäden entstehen werden.

May: Soll es jetzt eine Versicherung geben? Das habe ich jetzt nicht ganz verstanden. Sind Sie dafür?

Lemke: Weil diese Frage noch nicht geklärt ist, habe ich Ihnen die nicht konkret beantwortet. Das gebe ich offen zu.

May: Weil Sie keine Meinung dazu haben?

Lemke: Weil es zwischen Bund und den Bundesländern hier unterschiedliche, Auffassungen gibt, weil wir die Folgen einer Pflichtversicherung sozial beherrschbar halten müssen. Wir können auch nicht riskieren, dass die Prämien für manche Menschen mit kleinem Geldbeutel nicht mehr bezahlbar sind. Das heißt, eine solche Pflichtversicherung oder Angebotspflicht

für die Versicherer muss die soziale Situation der Menschen mit kleinem Geldbeutel berücksichtigen, und dafür gibt es bisher noch keinen konkreten Vorschlag.

May: Frau Lemke, zum Ende müssen wir noch ganz kurz ein anderes Thema besprechen. Es wird einen Untersuchungsausschuss geben, beantragt von der Union, der sich mit Ihrem Haus, dem Umweltministerium, und dem Wirtschafts- und dem Klimaministerium von Robert Habeck befasst. Es geht um das Abschalten der letzten drei verbliebenen AKW mitten in der Energiekrise. Haben Sie ergebnisoffen geprüft, ob das notwendig war?

Lemke: Es ist selbstverständlich das Recht der Opposition, einen solchen Untersuchungsausschuss einzurichten. Das will ich überhaupt nicht in Frage stellen. Aber eine der transparentesten Entscheidungen, die im Jahr _22 getroffen worden ist, war die Frage, lassen wir AKW länger am Netz laufen, die letzten drei AKW, die überhaupt noch nach der CDU-Entscheidung zum Ausstieg aus der Atomkraft am Netz waren. Am Ende der Prüfung haben diese drei AKW dreieinhalb Monate länger Strom produziert und natürlich haben wir das immer wieder ergebnisoffen geprüft und den Bundestag unterrichtet.

May: Aber warum gab es dann ein Machtwort des Kanzlers, um diese ergebnisoffene Prüfung auch in die Tat umzusetzen?

Lemke: Wir hatten zu dem Zeitpunkt bereits eine Gesetzesnovelle vorgelegt, in meinem Haus, verantwortlich für die ATG-Novelle, also Atomgesetz. Das war bereits auf den Weg gebracht. Es gab verschiedenste Diskussionen hin und her. Die haben zum Machtwort des Kanzlers geführt und das war alles transparent und öffentlich nachvollziehbar.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.